

Immer mehr arbeitslose Akademiker

Arbeitsmarkt Auch Hochqualifizierte sind vermehrt arbeitslos. Und wenn sie wieder eine Stelle finden, verdienen sie nach dem Unterbruch deutlich weniger. Das zeigt eine neue Studie des Seco.

Janine Hosp

Wer hoch qualifiziert ist, so meinte man bis anhin, bleibt nicht lange arbeitslos. Das stimmt aber je länger, je weniger: Die Zahl der Hochqualifizierten unter der Langzeitarbeitslosen hat sich innert weniger Jahre verdoppelt: von 13 Prozent (2010) auf 26 Prozent (2018). Damit sind sie jene Gruppe, die am stärksten gewachsen ist, wie eine aktuelle Studie des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) zeigt.

Zwar verfügen heute mehr Erwerbstätige über einen Hochschulabschluss als noch 2010: Damals waren es drei von zehn, 2018 vier von zehn. Aber: Der Anteil der Hochqualifizierten ist unter den Langzeitarbeitslosen stärker gestiegen als jener unter den Erwerbstätigen.

Banker sind betroffen

Dieses Phänomen zeigt sich etwa im Kanton Zürich, wie das Amt für Wirtschaft und Arbeit bestätigt. Dessen Fachleute führen die höhere Zahl von hoch qualifizierten Erwerbslosen insbesondere auf strukturelle Veränderungen zurück. So mussten etwa die Banken nach der Finanzkrise strengere Auflagen erfüllen und organisierten in der Folge bestimmte Geschäftszweige neu. Auch der erstarkte Franken führte dazu, dass Unternehmen umstrukturierten – und nun auch anspruchsvollere Arbeit ins Ausland auslagerten. Zahlen zu hoch qualifizierten Langzeitarbeitslosen liegen im Kanton Zürich allerdings keine vor.

Noch wurde in keiner Studie untersucht, wer diese Hochqualifizierten sind, wie Michael Siegenthaler, Co-Autor der Seco-Studie und Ökonom an der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich, sagt. Es handle sich um ein neues Phänomen, das mit der jetzigen Studie erstmals abgebildet und nachgewiesen wurde. Auch er geht davon aus, dass Bankangestellte zu jenen Hochqualifizierten gehören, die besonders von der Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Die Banken seien im heutigen wirtschaftlichen Umfeld ganz grundsätzlich herausgefordert, und das bekommen ihre Angestellten zu spüren.

In Basel zeigt sich ein anderes Bild als am Bankenstandort Zürich. Dort schwankt der Anteil der Hochqualifizierten unter den



Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist stark gestiegen, insbesondere bei Personen über 45 Jahre. Foto: Keystone

Langzeitarbeitslosen seit Jahren um die 10 Prozent, wie Alessandro Tani, Bereichsleiter der Arbeitslosenversicherung, sagt. In der Pharmastadt sind die Life Sciences stark – und ziemlich krisenresistent. Hochqualifizierte sind gesuchte Berufsleute.

Die Folgen der Digitalisierung wird aber die ganze Schweiz zu spüren bekommen. «Heute, wo in immer mehr Bereichen selbstlernende Software eingesetzt wird, können Computer nicht nur repetitive, sondern auch anspruchsvollere Tätigkeiten übernehmen», sagt Studienautor Michael Siegenthaler. Etwa die Arbeit von Übersetzerinnen und Übersetzern oder von Juris-

ten, die für die Rechtsprechung Texte recherchierten.

Ein Drittel weniger Lohn

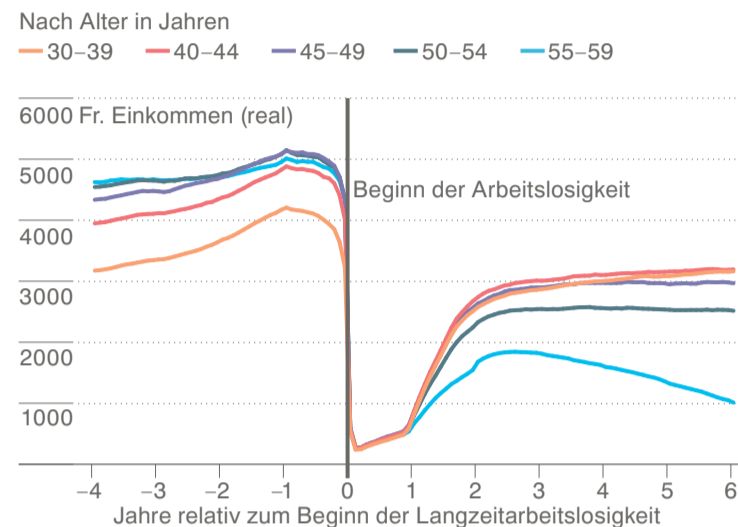
Besonders schwierig ist es für Hochqualifizierte über 60. Bei der Berner Kantonsverwaltung beobachtet man, dass sich bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) viele Langzeitarbeitslose in diesem Alter registriert haben – während der Anteil der Hochqualifizierten über alle Altersgruppen hinweg nur unmerklich gestiegen ist.

«Gerade für Erwerbslose, die einen guten Job hatten, ist es im Alter schwierig, wieder eine Stelle zu finden, bei der sie ihren Erfahrungsschatz einbringen

können», sagt Siegenthaler. Das gilt insbesondere für jene, die über ein gutes, aber gleichzeitig auch spezialisiertes Wissen verfügten. Und jene, die wieder Arbeit fänden, müssten mit erheblichen Lohneinbussen rechnen. «Eine Langzeitarbeitslosigkeit hinterlässt Narben in einem Arbeitsleben», konstatiert der Ökonom.

Siegenthaler und Co-Autor David Liechti vom Beratungsunternehmen BSS haben die AHV-Einkommensregister von 270 500 Langzeitarbeitslosen aller Bildungsniveaus analysiert und dabei ermittelt, wie viel diese drei Jahre vor dem Stellenverlust verdienten und wie viel vier

Durchschnittliche Lohnentwicklung nach Arbeitslosigkeit



Eine 55-jährige Person hat vier Jahre vor der Arbeitslosigkeit 4629 Franken verdient, nach der Arbeitslosigkeit kommt sie noch auf maximal 1869 Franken.

Grafik: db / Quelle: Dievolkswirtschaft.ch

So findet man auch mit über 60 Jahren wieder Arbeit

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) liess 180 Fälle von Arbeitslosen untersuchen, die wieder eine Stelle fanden. Die Schlüsse aus der Studie:

- **Initiative:** Am erfolgreichsten waren jene, die entschlossen waren, rasch Arbeit zu finden, und die sich entsprechend darum bemühten.
- **Gewinnendes Auftreten:** An Ausstrahlung und Umgang kann man arbeiten.
- **Networking:** Fast jeder dritte Stellensuchende hat Arbeit gefunden, indem er das eigene Netzwerk nutzte. Bei über 50-Jährigen Jahren war es gar jeder zweite.

- **Zwischenverdienst:** Manche nahmen temporär eine Arbeit an, bei der sie weniger Geld verdienten, als sie von der Arbeitslosenkasse erhielten – und wurden schliesslich fest angestellt.
- **Weiterbildung:** Wer sich immer weitergebildet hat, hat bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt.
- **Keine Stigmatisierung:** Auch Personen über 50 oder 60 Jahre konnten wieder eine Stelle finden. Dies aber nur, wenn sie sich nicht selber stigmatisierten. Und wenn sie nicht auf irgendeine Weise belastet waren. Auch unrealistische Lohnforderungen haben sich als nachteilig erwiesen. (jho)

Ständerat hält Kreis der Überbrückungsrentner klein

Notrente Die Räte streiten weiter darüber, welche Ausgesteuerten profitieren sollen.

Die Überbrückungsrente für ältere Ausgesteuerte gibt weiter zu reden. Bei seiner zweiten Beratung hat der Ständerat am Dienstag zwar Teile des im Nationalrat beschlossenen Kompromisses übernommen – er will aber deutlich weniger weit gehen.

Konkret hält der Ständerat daran fest, dass nur mit 60 Jahren oder später ausgesteuerte Personen Anspruch auf Überbrückungsleistungen haben sollen. Geht es nach dem Nationalrat, sollen dagegen alle 60-jährigen Ausgesteuerten, unabhängig

vom Zeitpunkt ihrer Aussteuerung, zum potenziellen Kreis der Bezüger gehören.

Josef Dittli (FDP, UR), Kommissionssprecher im Ständerat, sprach von einem «massiven Ausbau» des Sozialwerks, der weder im Sinne des Ständerats noch des Bundesrats sei. Marina Carobbio Guscetti (SP, TI) hielt erfolglos entgegen, dass der vom Nationalrat getroffene Entscheid ein ausgewogener Kompromiss von links bis tief in die Mitte sei.

Weiter will der Ständerat nicht, dass der Bundesrat Härte-

fälle definieren kann, welche die Anspruchsvoraussetzungen nicht vollumfänglich erfüllen müssen, um an eine Rente zu kommen.

Unter dem Strich sind die Differenzen gewichtig: Mit den Beschlüssen des Ständerats würden rund 3400 Personen pro Jahr davor bewahrt, nach einem langen Arbeitsleben in die Altersarmut abzurutschen. Ab 2028 betragen die Kosten rund 150 Millionen Franken im Jahr. Nach den Beschlüssen des Nationalrats wären etwa 6200 Personen be-

zugsberechtigt, die Kosten belieben sich auf rund 270 Millionen Franken.

Ziel der Räte ist es, die Überbrückungsrente nächste Woche definitiv zu beschliessen. Denn die Massnahme soll auch dazu beitragen, dass die Kündigunginitiative der SVP an der Urne abgelehnt wird. So soll die Überbrückungsrente die negativen Folgen der Personenfreizügigkeit abfedern und die Gewerkschaften dazu motivieren, sich im Abstimmungskampf stark zu engagieren. (sda)

Nachrichten

CVP reicht Initiative zu Gesundheitskosten ein

Prämien Die CVP hat ihre Kostenbremse-Initiative bei der Bundeskanzlei eingereicht. Die Initiative verlangt, dass Bund und Kantone eingreifen müssen, wenn die Gesundheitskosten im Vergleich zur Lohnentwicklung zu stark steigen. (sda)

Verzicht auf «Hate Crime»-Statistik

Gewalt Hassdelikte gegen Homosexuelle sollen auch künftig nicht statistisch erfasst werden. Der Ständerat hat gestern eine entsprechende Motion der ehe-

maligen Zürcher BDP-Nationalrätin Rosmarie Quadranti abgelehnt. Der Vorstoss ist damit erledigt. (sda)

Mord verjährt auch weiterhin

Justiz Mord soll weiterhin verjähren können. Der Ständerat hat eine St. Galler Standesinitiative knapp abgelehnt, die forderte, dass die Verjährungsfrist für lebenslange Strafen aufgehoben werden soll. Heute beträgt die Frist 30 Jahre. Die Gesellschaft brauche die Möglichkeit, mit einem Ereignis abzuschliessen, sagte Kommissionssprecher Carlo Sommariva (SP/GE). (sda)